

RHEIN-WUPPER ZEITUNG

LEVERKUSEN OPLADEN
LEICHLINGEN



HEIMATSERIE

Ellen Loh-Bachmanns Heimat ist
die Kunst. Seite C 4

RHEINISCHE POST



Schulsanierungen wie diese können aus dem Förderpaket finanziert werden – wenn sie abgerufen werden. FOTO: DPA

Leverkusen lässt 2,7 Mio. Euro Fördergeld liegen

Laut Landesregierung hat die Stadt im Rahmen des Projekts „Gute Schule 2020“ erst 1,3 von verfügbaren vier Millionen Euro abgerufen.

VON PETER CLEMENT

LEVERKUSEN Wenn das mal keine guten Nachrichten sind: Aus dem zwei Milliarden Euro umfassenden NRW-Fördertopf „Gute Schule 2020“ des Landes NRW hat die Stadt im vergangenen Jahr sämtliche Mittel abgerufen. 3700 Anträge wurden gestellt, bis Jahresende wurden 700 bearbeitet und umgesetzt. Weitere 850 Anträge wurden bewilligt und Bestellungen durchgeführt beziehungsweise Aufträge erteilt, bei etwa 900 Anträgen läuft derzeit das Prüfungsverfahren. Alle sind zufrieden.

Leider geht es hier nicht um die Stadt Leverkusen, sondern um die Nachbarstadt Köln. Die hat nämlich, ähnlich wie Düsseldorf und viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die bereitgestellten Fördergelder so gut wie in voller Höhe im vergangenen Jahr in Anspruch genommen, wie eine Information der Landesregierung jetzt bestätigt.

Die Zahlen für Leverkusen unterscheiden sich indes dramatisch: Gerade einmal ein Drittel der zur Verfügung stehenden Summen hat die Stadtverwaltung bisher in Anspruch genommen. Nur 1,3 Millionen Euro wurden tatsächlich für Schulsanierungen und Neubauten genutzt, zur Verfügung gestanden hätten eigentlich vier Millionen.

„Alles nicht so schlimm“, hieß es gestern aus dem Leverkusener Rathaus dazu. Man habe bewusst nur diejenigen Mittel abgerufen, für die bisher auch tatsächlich Aufträge an

Baufirmen erteilt worden seien. Denn das Förderprogramm habe einen Haken: „Wir hätten, so wie es andere Städte getan haben, natürlich alle Gelder direkt anfordern können – doch wenn wir sie nicht rechtzeitig in Baumaßnahmen umsetzen können, müssen wir nicht nur die Summen zurückzahlen, sondern auch noch Zinsen begleichen“, erklärte eine Sprecherin. Insofern hätten sich die Stadtkämmerei sowie die Bauverwaltung um Dezernentin Andrea Deppe dazu entschlossen, zunächst einmal abzuwarten.

Denn die noch nicht abgerufenen 2,7 Millionen seien auch noch 2018 verfügbar. „2017 haben wir vor allem gebraucht, um Planungen zu erstellen, wir sind aber zuversichtlich, die Restgelder in diesem Jahr tatsächlich noch in Anspruch nehmen zu können“, betont die Stadt.

Diesen Optimismus teilt die Leverkusener CDU ganz und gar nicht: In einem Antrag sprechen die Ratsmitglieder Rüdiger Scholz, Bernhard Marewski und Thomas Eimermacher von einem „auffällig geringen Mittelabfluss“ und beantragen, die Verwaltung solle dazu einen Plan-/Ist-Vergleich für das Jahr 2017 vorlegen sowie ihre baulichen Planungen und Mittelplanungen für das Jahr 2018 darstellen.

Nach Angaben der Landesregierung hat rund ein Drittel der Kommunen das Fördergeldkontingent im vergangenen Jahr komplett ausgeschöpft, darunter die Städte Köln, Düsseldorf, Solingen und Recklinghausen.

KOMMENTAR

Sonderbarer Sonderweg

Auf den ersten Blick klingt die Erklärung der Stadt Leverkusen nach verantwortungsvollem Umgang mit finanziellen Ressourcen. Man habe erst einmal sicher planen und Aufträge vergeben wollen, damit man später nicht Gelder zurückzahlen müsse, heißt es aus dem Rathaus. Hört sich gut an.

Auf den zweiten Blick fällt dieses Argument jedoch in sich zusammen. Denn geplante Projekte gab es schon genug. So wollte die FDP schon 2016 Mittel für Schulsanierungen im Etat 2018 erhöhen. Bau-Dezernentin Deppe entgegnete jedoch, das mache keinen Sinn, man habe Investitionsstau von 14 Millionen Euro. Den bekommt unter anderem die Gesamtschule Schlebusch zu spüren. Der politische Wille zum Ausbau der gymnasialen Oberstufe dort besteht seit dem Beschluss zur Gründung der Sekundarschule vor vier Jahren. Vorlagen zu dringend notwendigen Baumaßnahmen bei den drei Berufskollegs fehlen noch immer. Die Entscheidung zur Neuaufstellung eines Berufsschulentwicklungsplanes ist sechs Jahre alt! Fazit: Leverkusen nimmt sich für Planung gerne viel Zeit – bleibt nur die Frage, wie teuer das den Bürger zu stehen kommt.

Peter Clement
Peter.Clement@rheinische-post.de

Kunstverein bietet Unterstützung an

LEVERKUSEN (bu) Nach dem Weggang von Museumsdirektor Markus Heinzelmann und im Nachklang des nun vorgestellten Standortkonzepts für das Museum Schloss Morsbroich bietet der Kunstverein Oberbürgermeister Uwe Richrath seine tatkräftige Unterstützung an. „Als unabhängiger bürgerschaftlicher Verein könnten wir während dieses Prozesses ein Ort des Gesprächs sein, zunächst für Vertreter der Stadt, den Museumsverein, das Museum und die Bayer Kulturstiftung sowie später für alle Interessierte“, heißt es in einem offenen Brief des Vorstands an das Stadtoberhaupt. Dieser Brief wurde nun bei der Jahreshauptversammlung den Mitgliedern des Kunstvereins vorgestellt. Der 1951 gegründete Kunstverein, der sich gleich neben dem Museum in den Remisen befindet, betont in dem offenen Brief seine besondere Verbindung und Verantwortung für Schloss und Museum.

MELDUNG

„Wir für unsere Stadt“ – OB bei Putzaktion

LEVERKUSEN (bu) Die große Putzaktion „Wir für unsere Stadt“ ist gestern gestartet. An vielen Orten der Stadt sammeln eifrige Helfer Müll ein. Heute und morgen geht es weiter. Beteiligt sind Nachbarn, Schulen, Kitas und Vereine. Auch Oberbürgermeister Uwe Richrath, der Beigeordnete Marc Adomat und das Maskottchen, der gelbe Putzteufel, packen mit an und besuchen heute etwa die städtische Kita am Theodor-Heuss-Ring, den Lauftreff des Tus 1882 Opladen sowie die Anwohner an der Kaiserstraße und den Verkehrs- und Verschönerungsverein BN an der Burscheider Straße. Info-Hotline zur Aktion: 0214-4061803
Bericht Seite C 2

Raumnot durch Abkehr vom Turbo-Abitur? CDU macht Druck auf die Stadt

VON PETER CLEMENT

LEVERKUSEN Der Wille scheint eindeutig zu sein: Bei einer Probe-Abfrage im Regierungsbezirk Köln haben sich laut Angaben des Ministeriums für Schule und Bildung NRW von 150 Schulen 120 für die Abkehr vom sogenannten Turbo-Abitur ausgesprochen. Sie alle wollen zur G-9-Regelung mit Abitur am Ende der Jahrgangsstufe 13 zurückkeh-

ren. 20 Schulen haben sich der Information zufolge noch nicht entschieden, nur drei seien für G8 gewesen, heißt es. Bei den Übrigen handele es sich um Privatschulen, die unabhängig entscheiden können.

Vor diesem Hintergrund hat die Leverkusener CDU jetzt ihrem Unverständnis darüber Ausdruck verliehen, dass die Stadt Leverkusen bisher offensichtlich noch nichts

unternommen hat, um den mit einer Rückkehr zu den mit G 9 verbundenen Auswirkungen Rechnung zu tragen.

Zum Vergleich: Die Stadtverwaltung Köln hat schon im Januar entsprechende Ausführungen an die politischen Gremien gegeben – angefangen beim zusätzlichen Raumbedarf über Modellrechnungen zum möglichen Bedarf an neuen Gymnasien bis hin zur Einrechnung

weiterer Bedarfe aufgrund der rasanten Bevölkerungsentwicklung.

Nach Angaben des Ministeriums muss der zusätzliche Raumbedarf spätestens zu Beginn des Schuljahres 2026/27 gedeckt sein.

Aus diesem Grund möchte die CDU, dass der Stadtrat die Leverkusener Verwaltung beauftragte, die nötigen Rahmenbedingungen für die gymnasiale Schullandschaft im Hinblick auf G9 aufzuzeigen, insbe-



G8 oder G9: Für den Platzbedarf macht das Unterschiede. FOTO: DPA

sondere die dafür erforderlichen baulichen Maßnahmen zu benennen.

Ein reibungsloser Übergang von G8 zu G9 an den betroffenen Schulstandorten müsse sichergestellt werden, betont die CDU. Insofern bedürfe es einer früh- beziehungsweise rechtzeitigen Konzeption, eingebunden in die Gesamtentwicklung der Schullandschaft in Leverkusen in den nächsten Jahren.